

Pflege auf Gesetzesstufe stärken und in EFAS integrieren

Der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) lehnt die Pflegeinitiative ab und unterstützt den indirekten Gegenvorschlag. Bei der Vorlage «Einheitliche Finanzierung der Leistungen im ambulanten und im stationären Bereich» (EFAS) fordert er eine Integration der Pflege.

Die vom Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner eingereichte Volksinitiative «Für eine starke Pflege» (Pflegeinitiative) will Bund und Kantone verpflichten, für eine ausreichende, allen zugängliche Pflege von hoher Qualität zu sorgen und dafür insbesondere genügend diplomiertes Pflegepersonal auszubilden. Das Anliegen der Initianten ist aus Sicht des SGV grundsätzlich berechtigt. Es ist jedoch nicht zielführend, die Stärkung der Pflege auf Verfassungsebene zu verankern und dem Pflegeberuf damit eine Sonderstellung einzuräumen.

Integrierte Versorgung fördern

Vielmehr muss die medizinische Grundversorgung, die mit Artikel 117a bereits in der Bundesverfassung verankert ist, unter Einbezug aller Berufsgruppen gestärkt werden. Und die interprofessionelle Zusammenarbeit bzw. integrierte

Versorgung ist zu fördern. Der SGV anerkennt die Pflege als wichtigen Bestandteil der medizinischen Grundversorgung und unterstützt deshalb eine Regelung auf Gesetzesstufe, wie sie der indirekte Gegenvorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats vorsieht. Mit dem indirekten Gegenvorschlag wird den Anliegen der Initianten Rechnung getragen, und die Gesamtsituation in der Pflege wird verbessert. Bei der vorgesehenen Bedarfsplanung der Kantone für die Ausbildungsplätze der Pflegeberufe ist der Einbezug der Gemeinden sicherzustellen.

Gerechtere Pflegefinanzierung

Seit der Reform der Pflegefinanzierung geht das Kostenwachstum in der Pflege zulasten der Kantone und Gemeinden. Sie sind vom eigentlichen Restfinanzierer zum Hauptfinanzierer geworden. Es braucht dringend Systemanpassungen,

um die derzeitige Schieflage zu korrigieren. Mit der Vorlage EFAS sollen die Versicherer und die Kantone Behandlungen nach den gleichen Regeln finanzieren, unabhängig davon, ob jene ambulant oder stationär durchgeführt werden. Der SGV fordert analog der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK), dass die Pflege verbindlich in die Vorlage eingebaut wird. Nur EFAS plus Pflege führt zu einer gleichmässigen, gerechten Verteilung des Kostenwachstums auf Krankenkassen, Kantone (Gemeinden) bzw. Steuer- und Prämienzahler. Nur mit der Integration der Pflege wird eine Finanzierung über die gesamte Behandlungskette ermöglicht und damit auch die integrierte Versorgung gestärkt. Dass die Integration der Pflege in EFAS machbar und sinnvoll ist, zeigt eine Studie, die die GDK beim Forschungsinstitut Infras in Auftrag gegeben hat. *pb*

E-Government: Ja zur Strategie 2020–2023

Der SGV ist mit der E-Government-Strategie 2020–2023 inhaltlich und formell einverstanden, ebenso mit der revidierten Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit in der Schweiz. E-Government bleibt für den SGV ein strategisches Thema, das ganz oben auf der Agenda steht. Die Bedeutung der «digitalen Verwaltung» ist bei den Behörden angekommen. Aus Sicht des SGV sollten aber alle drei Staatsebenen einen weiteren Schritt nach vorne machen, um den Anschluss an die digitale Welt nicht zu verlieren. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass die Gemeinde- und Kantonsautonomie nicht übersteuert werden. *red*

Stellungnahme:

www.tinyurl.com/sn-egov

Invasive Neophyten: Vorlage ist praxisfern

Der SGV begrüsst es, dass mit der Änderung des Umweltschutzgesetzes die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden sollen, um invasive Neophyten umfassend zu bekämpfen. In der Praxis wird die Verantwortung für den Vollzug vor allem bei den Gemeinden liegen. Leider wurde die kommunale Ebene bei der Erarbeitung des Gesetzesentwurfs nicht involviert. Dementsprechend ist die Vorlage noch nicht in allen Teilen praxistauglich. Der SGV fordert, dass die Kommunalverbände in die Erarbeitung der Vorschriften einbezogen werden und dass Bund und Kantone verpflichtet werden, den Ressourcenbedarf der Gemeinden mitzufinanzieren. *red*

Stellungnahme:

www.tinyurl.com/sn-usg

EnergieSchweiz: Kooperation weiter fördern

Der SGV beantragt in seiner Stellungnahme zur Programmstrategie EnergieSchweiz 2021–2030, dass Gemeinden und Städte als eigener Schwerpunkt aufgenommen werden. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden soll weiter gestärkt und deren Vermittlungspotenzial optimal genutzt werden. Der SGV spricht sich zudem dafür aus, dass das Programm «Energiestadt Schweiz» im bisherigen Umfang weiter unterstützt wird. Im Weiteren empfiehlt der SGV, die in der Strategie definierten Massnahmen gemeinsam mit Vertretern der Gemeinden, der Städte und des Programms Energiestadt auf ihre praktische Umsetzbarkeit zu überprüfen. *red*

Stellungnahme:

www.tinyurl.com/sn-energieschweiz

Landschaftskonzept: Ohne die Gemeinden geht es nicht

Der SGV lehnt das Landschaftskonzept Schweiz (LKS) entschieden ab. In der aktuellen Form schränkt es den Handlungsspielraum der Gemeinden ein und übersteuert zudem noch hängige Gesetzgebungsprozesse.

Der Entwurf des LKS ist nicht praxistauglich. Die Gemeinden, die vom LKS unmittelbar betroffen sind, wurden nicht in dessen Überarbeitung einbezogen. Das ist für den SGV unverständlich, und er hat dementsprechend beim Bundesamt für Umwelt interveniert. Der Entwurf des LKS enthält fast hundert äusserst detaillierte Ziele, die oft auch schon die umzusetzenden Massnahmen enthalten. Damit wird den Gemeinden praktisch jegliche Gestaltungsfreiheit entzogen. Zudem werden in der Vorlage Teilziele formuliert, über die zurzeit noch im Gesetzgebungsprozess verhandelt wird. Der SGV lehnt das LKS in der jetzigen Form entschieden ab und fordert eine erneute Überarbeitung unter Einbezug der kommunalen Ebene und weiterer wichtiger Akteure. *red*



In einem Landschaftskonzept muss neben dem Schutz der Landschaft auch deren Nutzung geklärt werden. *Bild: Martina Rieben*

Stellungnahme:
www.tinyurl.com/sn-landschaftskonzept

EL: Gemeinden nicht stärker belasten

Der SGV hat zur Änderung der Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV) Stellung genommen. Aus seiner Sicht müssen die Ergänzungsleistungen als Verbundaufgabe mit einem bedeutenden Finanzierungsanteil des Bundes beibehalten und weitere Kostenverlagerungen auf Kantone und Gemeinden verhindert werden. Der SGV begrüsst die vom Parlament beschlossenen Massnahmen zur Entlastung des EL-Systems insgesamt. Insbesondere unterstützt er die Einschränkung des Kapitalbezuges der beruflichen Vorsorge wie auch die Verminderung der Vermögensfreibeträge. *red*

Stellungnahme:
www.tinyurl.com/sn-el-reform

Trinkwasser: gemeinsame Notfallkonzepte

Viele Gemeinden sind bereits mit lokalen Notlagen in der Trinkwasserversorgung konfrontiert worden. Der SGV begrüsst es daher, dass mit der Revision der Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung in Notlagen Vorschriften geschaffen werden, die die Kantone und Gemeinden verpflichten, gemeinsam Versorgungs- und Notfallkonzepte zu erarbeiten und deren Umsetzung sicherzustellen. Es ist richtig, dass die Verantwortung zur Sicherstellung der Wasserversorgung den Kantonen zugeordnet wird. Der SGV begrüsst es, dass klare Vorgaben für öffentlich-rechtliche und privat-rechtliche Wasserversorger geschaffen werden. *red*

Stellungnahme:
www.tinyurl.com/sn-trinkwasser

Kulturbotschaft: auf Kontinuität setzen

Der SGV begrüsst in seiner Stellungnahme zur Kulturbotschaft 2021–2024, dass der Bund für die nächste Förderperiode auf Kontinuität setzt und mehr Mittel für die Umsetzung der Kulturpolitik investieren will. Bei der musikalischen Bildung muss die Ausgestaltung der Musikschultarife bei den Kantonen und Gemeinden bleiben. Beim Kapitel «Baukultur / ISOS» ist für den SGV entscheidend, dass Kantone und Gemeinden über den notwendigen Handlungsspielraum verfügen. Schliesslich begrüsst der SGV die vorgesehenen Mehrmittel von 2,5 Millionen Franken, um das Schaffen von Halteplätzen für Jenische, Sinti und Roma zu fördern. *red*

Stellungnahme:
www.tinyurl.com/sn-kulturbotschaft